

Inland

Verkehrsgerichtstag in Goslar

Strecken-Radarkontrollen sollen Raser ausbremsen

Raser sollen auch in Deutschland durch die umstrittene Radar-Streckenkontrolle ausgebremst werden. Der 47. Verkehrsgerichtstag in Goslar sprach sich nach heftigen Diskussionen für einen Test auf einem besonders gefährlichen Autobahnabschnitt aus.

Daten nur für Geschwindigkeitsüberwachung

Die erhobenen Daten dürften allerdings nur für die Geschwindigkeitsüberwachung verwendet werden. Eine Verknüpfung mit anderen Registern sei unzulässig, heißt es in der Empfehlung. Daten von Fahrzeugen, die das Tempo nicht überschritten hätten, seien nach der Messung sofort automatisch und spurlos zu löschen. Der überwachte Streckenabschnitt müsse außerdem gut sichtbar angekündigt werden.

"Für Strecken mit einer Häufung schwerer, geschwindigkeitsbedingter Unfälle ist die punktuelle Überwachung nur bedingt geeignet", heißt es in der Empfehlung des Arbeitskreises. Polizisten hatten beklagt, dass Autofahrer bei klassischen Radarfallen zwar bremsen, danach aber umso ungenierter Gas gäben. Das Streckenradar wird seit einigen Jahren in Österreich, Italien, Großbritannien und den Niederlanden eingesetzt. Dort verzeichneten die Behörden einen erheblichen Rückgang der Toten- und Verletztanzahlen.



Raser sollen durch Strecken-Radarkontrollen ausgebremst werden.

Keine Zulassung der Atemalkoholanalyse

Datenschützer und Automobilclubs sehen in dem System allerdings einen Eingriff in die Grundrechte, da bei der Ein- und Ausfahrt in den überwachten Bereich ausnahmslos alle Autofahrer erfasst würden, selbst wenn sie sich korrekt verhielten.

Die in Goslar versammelten Experten sprachen sich gegen die Zulassung der Atemalkoholanalyse in Verkehrsstrafverfahren aus. "Diese ist kein geeignetes Beweismittel zur Feststellung der absoluten Fahrtüchtigkeit", heißt es in der Empfehlung. Die Blutprobe sei unverzichtbar, wenn es um Haft- oder Geldstrafen sowie den Entzug des Führerscheins gehe. Atemalkoholmessgeräte bleiben damit nur zur Überprüfung der 0,5-Promille im Einsatz. Innenminister und Polizei fordern seit langem die Ausdehnung dieser Methode.

Keine Gesundheitskontrollen für Ältere

Ältere Verkehrsteilnehmer sollen sich nach dem einhelligen Willen des Expertengremiums auch künftig nicht regelmäßigen Gesundheitskontrollen unterziehen müssen. Die EU-Richtlinie, die eine Befristung von Führerscheinen auf 15 Jahre ab 2013 vorschreibt, dürfe kein Anlass sein, in Deutschland generelle Tauglichkeitstests einzuführen.

Der Verkehrsgerichtstag regte außerdem eine Reform der Flensburger Verkehrssünderkartei an. Bereits ab achten Punkten solle das Kraftfahrt-Bundesamt Autofahrer zwingend über den jeweils aktuellen "Kontostand" unterrichten. Außerdem müssten die Tilgungsfristen vereinfacht werden.

Die Empfehlungen des Goslarer Expertengremiums sind in der Vergangenheit immer wieder in Gesetzgebung und Rechtsprechung eingegangen. Dem Gremium gehören rund 1600 Experten aus Politik, Justiz, Automobilverbänden und Hochschulen an.

 **Weltatlas: Deutschland** [Flash|HTML]






Stand: 30.01.2009 15:00 Uhr

tagesschau.de ist für den Inhalt externer Links nicht verantwortlich.

Nachrichten-Weltatlas**Deutschland**

Landkarte, weitere Nachrichten aus der Region und viele Hintergrundinformationen. [Flash|HTML]

Mehr Inland

-  [SPD feilt bis zuletzt am Wahprogramm](#)
-  [Kommentar: Von der Schockstarre zur Aufholjagd?](#)
-  [Jugendgewalt offenbar deutlich gesunken](#)
-  [Ärzte wollen kein Bewertungssystem im Internet](#)
-  [NATO schickt AWACS-Aufklärer nach Afghanistan](#)